

Montag, 15. März 2010

Nr. 61

Neue Zürcher Zeitung

SCHWEIZ 11

Die Schweiz verdient eine aktive Klimapolitik

Ehrgeizige Klimaziele dienen auch der Wirtschaft – ein Diskussionsbeitrag. Von Hans-Peter Fricker und Patrick Hofstetter

Statt die Hände in den Schoss zu legen, um auf ein international bindendes Klimaabkommen zu warten, liegt es im vitalen Interesse der Schweiz, eine proaktive Klimapolitik zu betreiben. Dies würde die Schweiz als ein innovatives Land positionieren.

Nach dem Misserfolg der Kopenhagener Klimakonferenz kann die Klimapolitik nicht auf – zurzeit noch vorhandenes – Eis gelegt werden, denn die Klimaerwärmung schreitet weiter voran. In den kommenden Tagen treffen sich Vertreter ausgewählter Länder, darunter die Schweiz, um die nächste Klimakonferenz von Ende 2010 in Mexiko vorzubereiten. In der nationalen Politik hat der Nationalrat am Mittwoch Gelegenheit, einen wichtigen Schritt zu machen und der Volksinitiative für ein gesundes Klima zuzustimmen.

Dringender denn je

«Kopenhagen» hat gezeigt: Es ist eine Illusion, zu glauben, dass 193 Länder sich auf eine Klimapolitik einigen können, die weiter geht als das, was die einzelnen Staaten von sich aus unternehmen. Dennoch ist allen Beteiligten klar: An einem internationalen Klimaab-

kommen führt kein Weg vorbei. Aber hat sich nicht der ganze Klimawandel als Irrtum herausgestellt? Kurz vor «Kopenhagen» wurden gestohlene E-Mails von Klimawissenschaftlern publiziert, die zeigten, dass diese mit Kollegen, die eine abweichende Meinung vertraten, mitunter unzimperlich umgingen. In den Wochen danach wurde eine Serie von Fehlern im Bericht des Weltklimarats (IPCC) aufgedeckt. Einer dieser Fehler findet sich auch in einem WWF-Bericht, was wir bedauern und inzwischen korrigiert haben.

Dies zeigt, dass es auch Menschen braucht, die der Klimaerwärmung skeptisch gegenüberstehen. Zu guter Wissenschaft gehört, dass Studien kritisiert, Resultate überprüft und Gegenthesen aufgestellt werden. Klimaskeptiker dürfen aber nicht mit «Klimaleugnern» verwechselt werden, die schon seit Jahren Argumente verbreiten, welche wissenschaftlich längst widerlegt sind. Ein solches Verhalten ist verantwortungslos und, gerade wenn es um die Wahrnehmung von kommerziellen Eigeninteressen zum Beispiel der Ölwirtschaft geht, auch äusserst verwerflich.

Die in den letzten Monaten aufgedeckten Fehler im IPCC-Bericht betreffen ausnahmslos Stellen, in denen die Auswirkungen des Klimawandels in einzelnen Punkten überschätzt wurden. Dabei geht ein breit abgestützter wis-

senschaftlicher Bericht vom Frühjahr 2009 vergessen, der eine Reihe von Beispielen aufführt, in denen der IPCC-Bericht von 2007 die Auswirkungen des Klimawandels unterschätzt hat. Klimaschutz ist also dringender denn je.

Klimaschutz lohnt sich

Aus den Berechnungen der Klimawissenschaft geht hervor, dass die Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren müssen, um eine gefährliche Erwärmung um mehr als zwei Grad abzuwenden. Gleichzeitig müssen die Schwellen- und die Entwicklungsländer den Zuwachs ihrer Emissionen reduzieren.

Noch fehlt es an genügendem überzeugenden Beispielen von Volkswirtschaften, die sich konsequent auf die neuen Erfordernisse ausrichten. Der WWF setzt sich weltweit dafür ein, dass auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene Modelle entstehen, die von anderen übernommen werden können. Wir wollen aufzeigen, dass Wirtschaftskraft und Lebensqualität unter einem ernsthaften Klimaschutz nicht leiden – im Gegenteil. Die Schweiz mit ihrer starken, technologieorientierten Exportwirtschaft, ihrem hohen Ausbildungsstand und ihrer grossen Innovationskraft hat für eine solche Neuaus-

richtung ihrer Wirtschaft geradezu optimale Voraussetzungen.

Die Klimapolitik auf nationaler und internationaler Ebene krankt daran, dass Chancen und Risiken ungleich wahrgenommen werden. Die Ölindustrie weiss, was sie zu verlieren hat. Viele andere Branchen sind sich dagegen noch kaum bewusst, welch grosse wirtschaftliche Chancen sich ihnen neu eröffnen. McKinsey schätzt in einer jüngst veröffentlichten Studie, dass die Schweizer Exportindustrie im Bereich der klimaverträglichen Technologie ihren Umsatz innert zehn Jahren verdreifachen und damit weltweit 48 000 Arbeitsplätze schaffen könnte, davon ein Drittel in der Schweiz. Echte Anstrengungen zur Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen im Inland würden unter dem Strich die Wertschöpfung ebenfalls steigern und nochmals mindestens 11 000 Arbeitsplätze schaffen.

Politik für ein gesundes Klima

Einzelne Länder wie Deutschland, Schweden oder Grossbritannien haben begonnen, ihre ehrgeizige Klimapolitik umzusetzen, ohne auf ein internationales Abkommen zu warten. Auch wir sollten die Gelegenheit nutzen, um unser Land wieder so zu positionieren, wie wir es gerne sehen: stark, innovativ und umweltfreundlich.

Einen Anfang kann der Nationalrat an diesem Mittwoch machen, indem er der eidgenössischen Volksinitiative «für ein gesundes Klima» zustimmt. Die Klima-Initiative will die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent reduzieren. Damit stellt sie einen Kompromiss dar, der berücksichtigt, dass die bisherige Klimapolitik die Emissionen lediglich stabilisiert hat.

Einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative in Form der Revision des CO₂-Gesetzes würden wir begrüssen, könnte ein solcher doch wesentlich rascher umgesetzt werden. Das Gesetz muss aber ambitionierte Ziele und rasch greifende Massnahmen vorsehen. Auch in diesem Geschäft kann die Umweltkommission des Nationalrats die Beratungen noch diesen Monat so weit vorantreiben, dass das neue CO₂-Gesetz den Nationalrat in der Sommersession passieren kann.

Nur klimapolitische Bremser warten auf die globale Ideallösung. Sie behindern damit dringend nötige, an die Schweiz angepasste Vorwärtsstrategien. Es ist zu hoffen, dass unsere Politikerinnen und Politiker in Bundesbern dieses Spiel durchschauen. Die Zeit drängt, die Chancen sind greifbar.